

# 11 UNGLEICHHEIT

## » Was kann gegen die wachsende soziale Ungleichheit in Europa unternommen werden? «

**CDU CSU**

Folgen

Wir sind davon überzeugt, dass eine gut funktionierende Wirtschaft und ein solider Haushalt sozialer Ungleichheit am besten entgegenwirken. Wichtig ist, dass Menschen gute Arbeitsplätze haben. Wenn wir durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt überall in der EU eine positive Wirtschaftsentwicklung haben, können die Mitgliedstaaten durch Steuereinnahmen und Sozialbeiträge ihren Sozialstaat mit sicherer Rente, gutem Gesundheitssystem und Hilfe für die Schwächsten finanzieren. Dagegen lehnen wir ab, die EU zu einer Schuldenunion zu machen. Denn dadurch verringert sich nicht die Ungleichheit, sondern es werden der jungen Generation Lasten auferlegt, die sie in Zukunft bezahlen müssen.

**BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Folgen

Soziale Ungleichheit erzeugt nicht nur Frust bei den Menschen - sie ist unfair und kostet der Gesellschaft richtig viel Geld. Wir setzen uns daher für soziale Mindeststandards ein. Alle EU-Bürger\*innen sollen ein Recht darauf haben, durch die Sozialsysteme ihres Heimatlandes vor Armut geschützt zu werden. Bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung und qualitative Krankenversorgung sind wichtige Elemente für eine gerechte Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass alle ihren fairen Beitrag für die Finanzierung dieser Angebote leisten und kämpfen deshalb gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen. Wir wollen dafür auch sehr hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen heranziehen.

**SPD**

Folgen

Armut und Ungleichheit spalten Europa und schwächen den Zusammenhalt. Die Europäische Säule sozialer Rechte bleibt deshalb für uns handlungsleitend. Starke soziale Sicherungssysteme ermöglichen ein Leben in Würde. Wir wollen, dass es überall in der Europäischen Union solide Netze sozialer Sicherheit gibt. Deshalb setzen wir uns für Mindeststandards für die nationalen Grundsicherungssysteme ein, die eine angemessene, armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Bis 2030 wollen wir in der EU fünf Millionen Kinder aus der Armut holen. Wir werden die nationale Umsetzung der Europäischen Kindergarantie begleiten und ausreichend EU-Mittel dafür zur Verfügung stellen.

**DIE LINKE.**

Folgen

Die Reichsten werden immer reicher. Aber jedes vierte Kind in der EU ist von Armut bedroht. Die großen Lebensmittel- und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Aber wir alle müssen mehr für Essen, Heizen und Strom zahlen. Das ist nicht gerecht. Krisen- und Spekulationsgewinne müssen besteuert werden, genauso wie das Vermögen der Superreichen. Wenn wir die europäischen Milliardäre gerecht besteuern, kann Armut in der EU abgeschafft werden. Wir können in öffentliche Infrastruktur investieren: den Nahverkehr ausbauen; in gute Bildung und Gesundheitsversorgung. Davon profitieren alle.

Wir wollen Niedriglöhnen einen Riegel vorschieben: Deshalb haben wir im Europaparlament die Mindestlohnrichtlinie mit durchgesetzt. Der Mindestlohn muss für Deutschland auf 15 EUR steigen, um Armut zu verhindern.

**AfD**

Folgen

**Warum steht hier nichts?**  
Die Antwort steht auf der Seite 4.

**Freie Demokraten FDP**

Folgen

Die EU muss eine gute Politik für eine starke Wirtschaft machen. Nur so können in Europa gute Jobs und soziale Aufstiegschancen entstehen. Hier ist in den letzten Jahren unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) viel zu wenig passiert. Wir wollen die Wirtschaft ankurbeln, z. B. durch den Abbau von Bürokratie, durch mehr Freihandel und Technologieoffenheit in Zukunftsbereichen wie Künstlicher Intelligenz und Gentechnik. Sozialpolitik und Umverteilung sind dagegen Aufgabe der Mitgliedstaaten und wir wollen, dass das auch so bleibt. Die EU kann hier als länderübergreifende Organisation keine zielgenaue Politik machen, da die Ausgangssituation und die Problemlagen in den jeweiligen Mitgliedstaaten und Regionen viel zu unterschiedlich sind.

### DAS STECKT HINTER DIESER FRAGE

Ziele der EU sind die Eindämmung sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung sowie die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Schutz. Die Lebensverhältnisse von verschiedenen Bevölkerungsgruppen und in den Mitgliedsländern sollen gleichwertig sein - das ist noch nicht der Fall.